

„So oder so trifft es den Mittelstand“

Zur Stellungnahme des Bündnisses sozial gerechte Stadt Lüdenscheid vom 9. Oktober in der LN schreibt Jens Braeuer, Sprecher der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Lüdenscheid:

In der Stellungnahme fordern die Herren Sander und Benschmidt eine sachliche Auseinandersetzung, nehmen es mit den Fakten selber nicht so genau. Auch wenn die Details der geplanten Vermögenssteuer und Vermögensabgabe noch nicht bekannt sind, so darf doch der Gesetzesentwurf der SPD und den Grünen vom 12. September 2012 als ausgearbeitete Grundlage angenommen werden.

Die Aussage „nicht eine Firma wird hierbei steuerlich herangezogen“ ist falsch, laut dem Gesetzesentwurf sollen sowohl private und betriebliche Vermögen versteuert werden. Die Sorgen von Herrn Schwarzkopf und Herrn Fischer (Leserbrief vom 9. Oktober, LN) sind also mehr als berechtigt. Nicht die Superreichen, die ihr Geld eh in Steueroasen deponiert haben, werden von einer Vermögenssteuer getroffen, sondern ausschließlich der Mittelstand.

Der Freibetrag von zwei Millionen Euro Vermögen hört sich gewaltig an, aber wenn die Grenze wie angestrebt auf 500 000 Euro sinkt, sieht auf einmal alles anders aus. Denn auch „sonstige Vermögen“ fallen unter die geplante Steuer, und das sind unter anderem Lebensversicherungen und andere Ersparnisse für das Alter. Ein bezahltes Einfamilienhaus und eine Lebens-

versicherung treffen dann schnell den normalen Verdienner und kleinen Unternehmer, der sein Leben für eine gute Altersvorsorge geschuftet hat.

Diese Ersparnisse werden mit einem Prozent im Jahr, ohne das Erträge hinzukommen, besteuert. So oder so trifft es den Mittelstand, der uns in Zeiten der von Bankern und Konzernmanagern verursachten Finanzkrise das wirtschaftliche Überleben gesichert hat!

Vor allem die Argumente des sogenannten Lüdenscheider Bündnisses, mit der Vermögenssteuer der Stadt helfen zu wollen, sind absurd. Die Vermögenssteuer ist eine Ländersteuer und wie die Landesregierung mit seinen Finanzen und den Kommunen umgeht, sieht man an der aktuellen Gesetzgebung. Die Abgaben unserer heimischen Mittelschicht werden wieder direkt in die Region Rhein-Ruhr umfairteilt. Es gibt keinen Nutzen für Lüdenscheid oder die Region!

Wie ein Bürgermeister und eine Vielzahl von Stadträten einer Stadt mit intaktem Mittelstand die Schwächung der regionalen Wirtschaft und dessen Unternehmern und damit auch den möglichen Verlust von heimischen Arbeitsplätzen unterstützen kann, ist der MIT Lüdenscheid vollkommen ungreiflich. Um aber eine wirklich sachliche Auseinandersetzung in Gang zu bekommen, plant die MIT Lüdenscheid eine Veranstaltung, bei der alle Argumente ausgetauscht werden können. Hierzu werden wir über die lokale Presse einladen.